



government 2.0  
CAMP BERLIN 2009

# Pressemappe

**Government 2.0 Camp**  
**Berlin, 28. August 2009**

## **Inhaltsübersicht**

<b>1 Government 2.0</b> .....	<b>3</b>
1.1 Government 2.0 - Was ist das? .....	3
1.2 Mit Government 2.0 mehr Transparenz schaffen .....	5
1.3 Mit Government 2.0 Kollaboration stärken .....	5
1.4 Mit Government 2.0 Partizipation etablieren .....	6
<b>2 Das Government 2.0 BarCamp Berlin</b> .....	<b>7</b>
2.1 Was ist ein BarCamp? .....	7
2.2 Idee und Organisation .....	7
2.3 Das Organisationsteam .....	8
2.4 Alleinstellungsmerkmale der Veranstaltung .....	8
2.5 Agenda.....	9
2.6 Steckbrief Government 2.0 Camp .....	10
<b>3 Podiumssprecher Pressekonferenz</b> .....	<b>11</b>
3.1 Hans Bernhard Beus.....	11
3.2 Jürgen Häfner .....	11
3.3 Franz-Reinhard Habel.....	11
3.4 Anke Domscheit .....	11
3.5 Philipp Müller.....	12
<b>4 Ergänzendes Informationsmaterial</b> .....	<b>13</b>
4.1 „Soziale Netze – Hype oder Zukunft für eGovernment“ (Anke Domscheit, Director Government Relations Microsoft Deutschland GmbH, aus eGovernment Computing 21.08.2009) .....	13
4.2 „Web 2.0 ist unverzichtbar“ (Dr. Bernhard Beus, Bundes-CIO, aus eGovernment Computing 17.08.2009) .....	17
4.3 „Für Transparenz, Bürgernähe und Offenheit der Verwaltung“ (Franz-Reinhard Habel, DStGB, aus eGovernment computing, 11.08.2009)(in gekürzter Form) .....	18
4.4 „Web 2.0 für Kommunen“ (Herausgeber Habel / Huber, Auszug aus dem Buch des Innovators Clubs) .....	20
4.5 „Das Internet wird wahlentscheidend“ (bitkom Studie, 19.08.2009) .....	23
4.6 Web 2.0 richtig nutzen (Strategische Ansätze für Verwaltung).....	25
4.7 Gov 2.0 Add-ons (kostenlose Tools für Microsoft Produkte) .....	26

➔ **Bildmaterial auf Anfrage unter [info@gov20.de](mailto:info@gov20.de)**

## 1 Government 2.0

### 1.1 Government 2.0 - Was ist das?

Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken verändern Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung fundamental. Immer mehr geschäftliche, soziale und gesellschaftliche Aktivitäten verlagern sich ins Internet und Teile der Kommunikationskette von Unternehmen sind an digitalisierte Informationsprozesse gekoppelt oder sogar von ihnen abhängig. Ohne Internet können immer weniger Branchen auch zukünftig Geschäfte anbahnen, abwickeln und abrechnen. Das Internet wird mehr und mehr zu einem Lebens- und Wirtschaftsraum. E-Mail, Google und Mobilfunk sind integraler Bestandteil unseres Lebens geworden.

Die neueste Entwicklung im Internet heißt „**Web 2.0**“ oder „**Soziales Internet**“. Damit ist vorrangig eine besondere Einbindung der Nutzer gemeint, in welcher sie als unentgeltliche Informationslieferanten an der Erstellung der Internetangebote beteiligt sind („User Generated Content“). Das Web 2.0 bietet auch für die **kommunale Wirtschaftsförderung** noch ungeahnte Möglichkeiten.

Web 2.0 – die zweite Generation des Internets – beschleunigt und verändert diesen Prozess. Ist das Internet 1.0 ein Netz mit statischen Webseiten, in dem überwiegend Informationen angeboten werden („one-to-many“) so ist Web 2.0 ein „**Netz des Mitmachens**“ („many-to-many“). Immer mehr fachspezifische Gruppen und Diskussionsforen entstehen, jedermann kann ohne große Kenntnisse und Aufwand interaktive Webseiten erstellen. Web 2.0 bringt Menschen und Organisationen zusammen, um sich gegenseitig mit Wissen zu versorgen, gemeinsam Neues zu schaffen und damit oftmals auch politisch Verantwortliche herauszufordern. Besonders beeindruckend ist etwa die freie Wissensplattform „**Wikipedia**“, weil sich hier fortlaufend Menschen aus allen Erdteilen zusammenfinden, um sich darüber zu verständigen, was heute eigentlich als „wissenswert“ zu gelten hat – ohne einander zu kennen. Der Grad an aktuell verfügbarem Wissen ist unglaublich hoch.

Durch das Web 2.0 werden Ereignisse wie im Iran oder der Wahlkampf von Barack Obama erst möglich. Wir bewegen uns in einem Zeitalter, in welchem unser Grundverständnis der Aufgaben und Beziehung von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit eine neue Form annimmt. Web 2.0 Anwendungen ermöglichen neue Formen der Kommunikation, Kollaboration und Partizipation. Die Konsequenzen sind noch nicht im Detail absehbar. Deshalb ist es äußerst wichtig, sich mit diesen auseinanderzusetzen.

Erfolgsfaktor für **Government 2.0** ist das Zusammenwirken von zwei zentralen Komponenten:

- der Einsatz von Technologie – also Social Media Nutzung sowie
- das Verständnis von Transparenz, Kollaboration und Partizipation innerhalb und zwischen öffentlichen Organisationen (z.B. Behörden) sowie zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Entsprechend der unterschiedlichen Interpretationen von Government 2.0 erfolgen Umsetzungen mit unterschiedlichem Fokus. So kann schon der Einsatz eines Wikis innerhalb einer Behörde für das Wissensmanagement als Government 2.0 verstanden werden. Jedoch überwiegt die Idee, dass **Government 2.0 einen neuen Dialog zwischen der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung** und damit eine Stärkung von Demokratie und Bürgergesellschaft ermöglichen soll. Hier sei insbesondere auf Präsident Obamas „**Open Government**“ Initiative verwiesen, welcher damit die Möglichkeiten des Internets weit über die Mobilisierung von Wählern im Wahlkampf hinaus für die tägliche Regierungs- und Verwaltungsarbeit nutzt.

„Die Bürger erwarten von der Verwaltung der Zukunft mehr Transparenz, Offenheit und Partizipationschancen. Das Internet und die Angebote des Web 2.0 bieten der Bevölkerung die Möglichkeit, mit ihrem Bürgermeister und der Verwaltung intensiver als bisher zu kommunizieren. Das ist eine große Chance für eine aktive Bürgergesellschaft“, sagt Franz-Reinhard Habel. Schon heute lassen immer mehr Kommunen ihre Bürger aktiv an politischen Entscheidungen mitwirken.

Als Beispiele können die sogenannten Bürgerhaushalte in Städten wie Köln oder Hamburg ebenso dienen wie Portale, auf denen Schlaglöcher, defekte Straßenlaternen oder sonstige Mängel von der Bevölkerung direkt an die Stadtverwaltung kommuniziert werden können. Die Kommunikationswege werden kürzer und ermöglichen der öffentlichen Verwaltung auf diese Weise, den Service zu verbessern. Wie dieser grundlegende Wandel in der politischen Kultur auch auf kommunaler Ebene aktiv gestaltet werden kann, soll auf dem „Government 2.0 Camp“ diskutiert werden.

Die Veranstaltung findet nach der innovativen „BarCamp-Methode“ statt. Zu Beginn des „Government 2.0 Camps“ werden alle Vorschläge für Vorträge und Workshops kurz vorgestellt. Die Agenda wird anschließend von allen Teilnehmern entsprechend der Resonanz auf die vorgeschlagenen Themen selbständig festgelegt. Die BarCamp „Sessions“ oder Workshops sind ähnlich gestaltet wie Open Space Workshops und haben einen hohen Diskussions- und Mitmach-Anteil. Alle Teilnehmer sind herzlich eingeladen, über eigene Erfahrungen und Ideen zu berichten, jederzeit Fragen zu stellen, sich inspirieren zu lassen, mit Experten und Gleichgesinnten zu diskutieren und neue Ideen zu entwickeln.

## 1.2 Mit Government 2.0 mehr Transparenz schaffen

Das herausragende unter den mit Hilfe sozialer Medien (Web 2.0 Anwendungen) erreichbaren Ziele ist die Stärkung von **Transparenz im öffentlichen Sektor**. Transparenz kann dabei ganz verschieden aussehen: es können Vorgänge und Strukturen sichtbar und nachvollziehbar gemacht werden, es können Informationen und Dokumente, die von allgemeinem Interesse sind veröffentlicht werden, es können statistische Daten mit Mehrwert für andere Themen veröffentlicht werden und noch viel mehr. Einen Diskussionseinstieg zum Thema Transparenz durch Web 2.0-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung bieten z. B. folgende Fragen:

- Was bedeutet Transparenz für die öffentliche Verwaltung in Deutschland?
- Welche Auswirkungen von Transparenz auf die Verwaltung (intern), die Politik, die Beziehungen von Verwaltung zu Politik aber auch die von Bürgern und Politik bzw. Bürgern und Verwaltung sind zu erwarten oder bereits zu erkennen?
- Mit welchen Maßnahmen kann Transparenz über das Verwaltungshandeln erhöht werden?
- Wo sind die Grenzen der Transparenz? (Stichwort: "Twittergate" bei der Bundespräsidentenwahl)
- Kann die Veröffentlichung oder Verfügbarmachung von Daten in öffentlicher Hand – Rohdaten oder aufbereitet, auch in Verbindung mit Geodaten zu mehr Transparenz im öffentlichen Sektor beitragen? Wäre zum Beispiel eine Übersicht über alle produzierten und verfügbaren Daten in der deutschen Verwaltung nach dem US-Vorbild data.gov hilfreich?
- Was hat sich seit Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetz geändert? Wird dieses Instrument tatsächlich genutzt? Wie ist das Feedback von Bürgern und Medien dazu?
- Wie viele Menschen kann die Verwaltung heute mit sozialen Medien überhaupt erreichen, um sie im Detail über Verwaltungsvorgänge zu informieren?

International findet sich bereits eine ganze Reihe von Projekten, die die Erarbeitungsprozesse von Gesetzen und das Zustandekommen von Beschlüssen transparenter machen sollen.

## 1.3 Mit Government 2.0 Kollaboration stärken

Viele Web 2.0-Anwendungen können eingesetzt werden, um Personen, die sich an verschiedenen Orten befinden, die Zusammenarbeit zu erleichtern. Gerade im Kontext der Kooperation von Behörden untereinander und zwischen Verwaltungseinrichtungen und Bürgern ergeben sich damit interessante Fragestellungen:

- Welches sind die zentralen Merkmale der deutschen Verwaltungskultur und wie sind diese mit den Government 2.0 Werkzeugen und der damit verbundenen Philosophie kompatibel?
- Können die entsprechenden Werkzeuge die Zusammenarbeit von Mitarbeitern über Hierarchiegrenzen hinweg unterstützen?
- Welchen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit können Verwaltungs-Wikis ähnlich dem Beispiel der Intellipedia der US-Geheimdienste liefern?

- Wie können sonstige soziale Medien von Weblogs bis Twitter für die Kommunikation und Kooperation behördenintern und behördenübergreifend gewinnbringend verwendet werden?
- Wie können soziale Medien in der Ausbildung und Weiterbildung der Verwaltungsmitarbeiter genutzt und gelehrt werden?
- Können Web 2.0-Konzepte im eGovernment und in behördeninternen IT-Fachverfahren Anwendung finden?

#### **1.4 Mit Government 2.0 Partizipation etablieren**

Wenn über Web 2.0 im Government-Kontext gesprochen wird, werden als Anwendungsbeispiele häufig Online-Beteiligungsangebote für Bürger, Unternehmen oder andere Interessensgruppen angeführt. Folgende Fragestellungen könnten Ausgangspunkt für die Diskussion des Web 2.0 Einsatzes zur Stärkung von Partizipation in Themen von Politik und Verwaltung sein:

- Für welche Themen des öffentlichen Bereichs kann Web 2.0 basierte Partizipation eine sinnvolle Ergänzung sein?
- Wie kann Partizipation mit Web 2.0 moderner, schneller, spannender gemacht werden?
- Wie können soziale Medien die Beteiligung von Bürgern oder Interessensgruppen nachhaltig stärken?
- Gibt es Grenzen von Partizipation und Web 2.0?
- Ist Kollaboration zwangsläufig die nächste Stufe der Partizipation?
- Wie können Web 2.0-basierte Partizipationsangebote langfristig in eGovernment-Services eingebunden werden?

## 2 Das Government 2.0 BarCamp Berlin

### 2.1 Was ist ein BarCamp?

*(dieser Text ist eine Zusammenfassung von Texten des PolitCamp09, BarCamp Berlin, BarCampCologne, BarCampNürnberg, BarCampFrankfurt und BarCampRuhr.)*

Ein BarCamp ist eine „Ad-hoc-Nicht-Konferenz“, die aus dem Bedürfnis heraus entstanden ist, dass sich Menschen in einer offenen Umgebung austauschen und voneinander lernen können. Es ist eine intensive Veranstaltung mit Diskussionen, Präsentationen, und Interaktion der Teilnehmer untereinander.

Jeder, der etwas beizutragen hat oder etwas lernen will, ist willkommen und herzlich eingeladen mitzumachen. Die Teilnehmer sind aufgefordert, sich aktiv mit anderen BarCamps auszutauschen. Eigene Erfahrungen sollen geteilt werden.

Teilnehmer können entweder eine Präsentation oder eine Session durchführen bzw. bei einer solchen mithelfen oder anderweitig als Freiwilliger zum Gelingen der Veranstaltung beitragen. Der genaue Ablaufplan für sämtliche Präsentationen wird erst am Veranstaltungstag selbst erstellt. Man kann sich vorab vorbereiten, sollte aber früh am Tag erscheinen, um sich für sein Thema einen Platz im Zeitplan zu sichern. Die anwesenden Teilnehmer wählen die Themen bzw. Präsentationen aus, die sie diskutieren wollen.

Alle Präsentatoren sind verantwortlich dafür, dass sämtliche Mitschriften, Folien, Audio und Video ihrer Präsentationen im Web veröffentlicht werden zum Nutzen sowohl der Teilnehmer als auch derjenigen, die nicht selbst anwesend sein können.

### 2.2 Idee und Organisation

Die Idee für das Government 2.0 Camp kam im Frühjahr 2009 aus den USA, vom Government 2.0 Camp in Washington DC (per Flugzeug über den Atlantik), hierher zu uns nach Berlin. Anke Domscheit ließ sich durch den Augen-und-Ohren-Zeugen-Bericht eines amerikanischen Kollegen über die Ostertage 2009 für ein GovCamp in Deutschland inspirieren. Die Begeisterung für ein Government 2.0 Camp in Berlin trug die Managerin der Microsoft Deutschland GmbH weiter und steckte damit blitzschnell viele andere mit dem BarCamp-Fieber an, unter anderen das Organisationsteam.

Das Government 2.0 Camp wurde ehrenamtlich von einer Gruppe von Enthusiasten aus den unterschiedlichsten Bereichen – aus Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Verwaltungen, Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen. Allen gemeinsam ist die Überzeugung, dass die Nutzung von Web 2.0 im öffentlichen Sektor zeitgemäß und zukunftsweisend ist.

Neben dem Organisationsteam ist als Initiativ-Organisation der Innovatorsclub des Deutschen Städte und Gemeindebundes stark eingebunden. Unterstützt werden die Organisatoren weiterhin von zahlreiche Sponsoren und Unterstützern. Neben Universitäten und Forschungseinrichtungen, engagieren sich Verwaltungen des Bundes, der Länder und Kommunen, aber auch Un-

ternehmen, Bürgerinnen und Bürger, Stiftungen, Vereine, Public Private Partnerships und nicht zuletzt Social Media Experten.

Die Idee des BarCamps ist es, den Teilnehmern mit ihren Vorschlägen oder Fragen mit dem ersten deutschen Government 2.0 Camp einen Platz zum persönlichen Austausch zu geben. Diese sind herzlich eingeladen, über Erfahrungen zu berichten, Ideen einzubringen und zu diskutieren. Der große Wunsch der Organisatoren ist die Anregung zur Bildung eines Netzwerks Gleichgesinnter, die sich gemeinsam dafür einsetzen, dass Transparenz, Behörden-übergreifende Zusammenarbeit und Partizipation zum festen und auch gelebten Bestandteil von eGovernment werden.

### **2.3 Das Organisationsteam**

Moritz Avenarius (Avenarius Consulting), Stephan Bauers (CSC), Patrick Brauckmann (Synchronity), Anke Domscheit (Microsoft), Bengt Feil (TuTech Innovation), Franz-Reinhard Habel (DSTGB), Alexander Handschuh (DSTGB), Andreas Huber (Public One), Jens Klessmann (Fraunhofer FOKUS), Christian Lorenz (IFOK), Antje Matten (BearingPoint), Laszlo Papp (echo), Christina Pautsch (Medienberaterin), Ingmar Redel (echo), Anne Rudolph (Amt24), Dr. Alexander Schellong (CSC)

### **2.4 Alleinstellungsmerkmale der Veranstaltung**

Mit dem Government 2.0 Camp wird erstmals ein BarCamp zum Web 2.0 bzw. Social Media Einsatz in der öffentlichen Verwaltung in Deutschland durchgeführt. Die Veranstaltung ist ein Auftakt für die Etablierung einer neuen zeitgemäßen Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft auf der anderen Seite.

Das BarCamp bietet die Möglichkeit, den Social Media Einsatz für Politik und Verwaltung in einem offenen, unkonventionellen und nicht vorfestgelegten Diskurs mit einem unbeschränkten Teilnehmerkreis zu bearbeiten. Es wird sowohl eine Online- als auch eine reale Plattform für den Erfahrungs- und Ideenaustausch verschiedenster Akteure geschaffen, die mit keiner der üblichen E-Government-Veranstaltungen vergleichbar ist. Menschen aus verschiedenen Bereichen sollen ins Gespräch gebracht und vernetzt werden. Dabei sollen Chancen und Risiken des Web 2.0 mit Experten diskutiert werden oder auch erfolgreiche Praxisbeispiele aus dem In- oder Ausland besprochen werden. Mit der Veranstaltung wird ein neuer Impuls für die Modernisierung von E-Government in Deutschland gesetzt.

### **3 Podiumssprecher Pressekonferenz**

#### **3.1 Hans Bernhard Beus**

Dr. Hans Bernhard Beus ist Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (*vorr. bis 11:15 Uhr anwesend*). Herr Staatssekretär Dr. Beus hat Rechtswissenschaft in Marburg, Tübingen und Münster studiert. Von 1979 bis 2004 war er an verschiedenen Positionen im Bundesministerium des Innern tätig. Nachdem er von 2004 bis 2006 Abteilungsleiter im Bundespräsidialamt war, kehrte er 2006 als Staatssekretär ins Bundesinnenministerium zurück. Seit 2008 übt er zugleich die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik aus.

#### **3.2 Jürgen Häfner**

Jürgen Häfner ist Ministerialdirektor und Chief Information Officer (CIO) des Landes Rheinland-Pfalz. Herr Häfner hat Rechtswissenschaften an den Universitäten Mainz und Tübingen studiert und von 1991 bis 2001 in verschiedenen Positionen des Landes Rheinland-Pfalz gearbeitet. Darunter waren unter anderem die Arbeit in der Grundsatzabteilung der Staatskanzlei, die Leitung des Ministerbüros oder die Leitung der Abteilung "Zivilrecht und Modernisierung der Justiz". Seit 2006 leitet Herr Häfner die Zentralstelle für IT und Multimedia im Ministerium des Innern und für Sport.

#### **3.3 Franz-Reinhard Habel**

Franz-Reinhard Habel ist seit 1982 Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. In seiner Eigenschaft als E-Government-Experte befasst er sich seit Jahren mit der Modernisierung von Politik und Verwaltung. Herr Habel ist Mitglied verschiedener Beiräte u. a. Mobile Media des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit sowie Vorstandsmitglied der Werkstatt Deutschland e.V. Berlin und der European Society for eGovernment e.V. Bonn. Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge im In- und Ausland zu den Themen Modernisierung, E-Government, E-Democracy, Globalisierung und Internet.

#### **3.4 Anke Domscheit**

Anke Domscheit ist seit Februar 2008 als Director Government Relations bei Microsoft Deutschland tätig. In dieser Rolle entwickelt sie Partnerschaften mit Bundes- und Landesverwaltungen sowie kommunalen Netzwerken zum Ausbau von E-Government sowie zur Überwindung des Digitalen Grabens. Zuvor war sie u.a. bei den IT-Beratungen McKinsey im Bereich IT-Strategiethemata sowie in verschiedenen Positionen bei Accenture tätig. Insgesamt verfügt Im Industrieverband der ITK Industrien, bitkom, ist sie Vorstandsmitglied des Arbeitskreises eGovernment. Frau Domscheit über eine mehr als zehn jährige Erfahrung im Technologie und Governance Bereich. Sie ist Autorin zahlreicher Beiträge zum Web 2.0.

Anke Domscheit hat das Government 2.0 Camp 2009 Berlin initiiert und gemeinsam mit dem Innovatorsclub und weiteren Unterstützern organisiert.

### **3.5 Philipp Müller**

Philipp S. Mueller ist Gastprofessor an der Erfurt School of Public Policy (ESPP), Extraordinarius an der Graduate School for Public Administration and Public Policy of Tecnológico de Monterrey, Mexico und Direktor des Center for Public Management and Governance an der Salzburg School of Management. Er promovierte im Fach Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seinen Forschungsschwerpunkt bilden Fragen zur Netzwerkgesellschaft also die Interaktion von Informations- und Kommunikationstechnologien mit dem Public Management und ihre transformierenden Effekte auf Regierungen. Er ist zudem auf Global Governance und Staatstransformationen spezialisiert. Herr Müller hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass die ESPP als erste deutsche Universität, bereits 2006 Web 2.0 als Schwerpunkt in der Transformations- und Governanceforschung vertieft hat.

## 4 Ergänzendes Informationsmaterial

### 4.1 „Soziale Netze - Hype oder Zukunft für eGovernment“ (Anke Domscheit, Director Government Relations Microsoft Deutschland GmbH, aus eGovernment Computing 21.08.2009)

Ist Government 2.0 ein leeres Modewort? Was unterscheidet es vom herkömmlichen eGovernment? Und warum sollte es für Verwaltungen und Bürger Vorteile bringen, sich auf die Möglichkeiten dieser Medien einzulassen? Der Versuch einer Antwort.

Web 2.0 beschreibt ein schnelles, multimediales, vernetztes „Mitmachnetz“. Schnell – durch die Nutzung von Echtzeitkommunikation wie Chat oder Microblogs (Twitter). Multimedial – durch die Einbindung von Fotos, Audio- und Videodateien. Vernetzt – durch den Austausch Gleichgesinnter in sozialen Netzen. Ein Mitmachnetz – weil Wissen, Inhalte und Anwendungen von Nutzern im Sinne der „Weisheit der Massen“ mitgestaltet werden können, weil die Kommunikation immer in beiden Richtungen erfolgt.

Es ist offener, transparenter, interaktiver als das klassische Web. Die Grenzen zwischen Anbietern und Nutzern, Herstellern und Konsumenten verschwimmen im Mitmachnetz. So entwerfen viele Kunden in ihrer Freizeit neue Designs für den Spielzeughersteller Lego, die ins Netz geladen und von anderen Kunden bewertet werden. Die Ideen sind für Lego ein wertvolles Gut – es sind Ideen, die aus einem großen Pool an Kreativität geboren wurden und den Test durch andere Kunden bereits überstanden haben.

#### **Vernetzung aller gesellschaftlichen Kräfte**

Im Web 2.0 vernetzen sich Gleichgesinnte – Menschen, die sich ähnlich sind. Untersuchungen zeigen: „Menschen wie ich“ genießen den höchsten Vertrauensvorsprung aller verglichenen Gruppen – höher als Ärzte, Verwaltungsmitarbeiter, Wissenschaftler und Mitglieder von gemeinnützigen Organisationen. Die Möglichkeit, „Menschen wie ich“ zu identifizieren und miteinander zu vernetzen, ist eines der Erfolgsrezepte des Web 2.0.

Längst hat sich das interaktive Internet in unser aller Alltagsleben eingeschlichen. So werden über Facebook jeden Tag 1 Milliarde Chatnachrichten von 250 Millionen Mitgliedern verschickt und von YouTube täglich 1,2 Milliarden Filme abgerufen. Aber auch wer kein Profil bei Facebook hat und nicht twittert, kauft vielleicht bei eBay oder Amazon oder informiert sich in Reiseportalen – die Bewertungsmechanismen und Kommentarmöglichkeiten mit Foto- und Videoeinbindung sind klassische Web-2.0-Beispiele. Fast jeder, der sich im Internet umschaute, hat schon einmal bei Wikipedia Begriffe nachgeschlagen – das tagesaktuelle Online-Lexikon umfasste schon 2008 mehr als 10 Millionen Artikel in 260 Sprachen, die von fast 700.000 Menschen gemeinschaftlich wurden.

Viele Unternehmen nutzen inzwischen Wiki-Technologien, um Wissen zu erfassen und verfügbar zu machen. Bis 2020 werden nach einer Untersuchung des Zukunftsinstituts 75 Prozent aller Arbeitsplätze mit IT zu tun haben. Das Wissen wird zur wichtigsten Ressource. Gleichzeitig sinkt

die Verfügbarkeit von Wissensarbeitern durch den demografischen Wandel in allen entwickelten Gesellschaften – in Deutschland um bis zu 50 Prozent. Die Ressource Wissen wird knapp – niemand wird es sich leisten können, einmal erworbenes Wissen in einer Organisation wieder zu verlieren. Das gilt besonders für die Öffentliche Verwaltung, die vielerorts mit Massenpensionierungen konfrontiert ist, gleichzeitig aber gerade bei hoch qualifizierten Wissensarbeitern zunehmend Gefahr läuft, den Wettbewerb um Talente wegen der oft unter dem Marktniveau liegenden Gehälter zu verlieren.

### **Kommunikation zwischen Staat und Bürger**

Die Wandlung des Internet zu einem Netz des interaktiven Dialogs wird auch wesentlich von den Bedürfnissen und Verhaltensweisen der „Digital Natives“ getrieben – der Generation, die bereits mit dem Internet aufgewachsen ist. Die heute 20- bis 30-Jährigen verbringen im Durchschnitt 12 Stunden mit Kommunikation über das Internet – vorzugsweise in den mit Web 2.0 beschriebenen Anwendungen. So wie sie privat lebt und lernt, so möchte diese Generation auch arbeiten. Sie wird bei ihrem Arbeitseintritt diese Technologien mitbringen und einfordern – auch in der Verwaltung.

Nachdem Präsident Obama mit seinen Mitarbeitern in das Weiße Haus einzog, trafen dort zwei Kulturen aufeinander. Das Team, das im Wahlkampf massiv die Potenziale des Web 2.0 ausgeschöpft hatte, wollte genauso weiterarbeiten, fand sich aber in einer Arbeitsumgebung, die technisch und organisatorisch nicht darauf eingestellt war. Im Ergebnis wurden Technik und Organisation angepasst – nicht umgekehrt.

All diese Treiber – die Verbreitung von Web-2.0-Methoden in der normalen Nutzung des Internets, die Erwartungen der jungen digitalen Generation und der Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft – führen zu einem steigenden Bedürfnis nach einem eGovernment 2.0, das die Prinzipien des Web 2.0 in die elektronischen Geschäfts- und Kommunikationsbeziehungen zwischen Staat und Bürgern einbettet und damit zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Zusammenarbeit führt.

Transparenz im Government 2.0 bezieht sich auf zwei Aspekte: die Bereitstellung öffentlicher Daten in Roh- und Rich-Formaten und die Bekanntgabe von öffentlichen Entscheidungen, ihrer Entstehung und ihren Auswirkungen. Transparenz führt zu mehr Verantwortung für getroffene Entscheidungen.

So stellt die US Bundesregierung öffentliche Daten auf [www.data.gov](http://www.data.gov) in verschiedenen Formaten bereit. Nutzer können die Relevanz dieser Daten auch bewerten. Auf dem US Portal zum US Konjunkturpaket ([www.recovery.gov](http://www.recovery.gov)) können Bürger auf interaktiven Karten sehen, wo, für welchen Zweck und an welche Empfänger Gelder investiert worden sind, aber auch was die Konjunkturreffekte dieser Investitionen sind.

### **Das Herz von Government 2.0**

Partizipation im Government 2.0 kann sehr unterschiedliche Aspekte beschreiben: Bürgerbeteiligung zur Meinungsbildung (etwa ePetitionen, Online-Befragungen, Diskussionsforen) oder zur Entscheidungsfindung (Online-Abstimmungen), die Mobilisierung von Bürgern für gesellschaft-

lich bedeutende oder politische Maßnahmen und Ziele sowie die Bürgerbeteiligung zur Verbesserung von Bürgerdiensten.

Der Vorteil für die politische Elite liegt auf der Hand: schneller und einfacher ein umfassenderes Bild darüber zu erhalten, was Bürgerinnen und Bürgern wirklich auf den Nägeln brennt und breite Bevölkerungsgruppen für gesellschaftspolitisch wichtige Ziele zu mobilisieren. Mehr Kenntnis über die Prioritäten der Bürger und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung ermöglicht außerdem einen zielgerichteteren Einsatz von Steuermitteln und führt zu mehr Akzeptanz und Zufriedenheit mit den politischen Entscheidungen.

Über [www.epetitionen.bundestag.de](http://www.epetitionen.bundestag.de) etwa führten erfolgreiche Onlinepetitionen (zuletzt für ein Grundeinkommen und gegen das Internetsperrgesetz) mehrfach zu Befassungen im Bundestag. Auf [www.direktzurkanzlerin.de](http://www.direktzurkanzlerin.de) stellen Bürger Fragen an die Kanzlerin und bewerten sie gegenseitig. Jede Woche wird aus dem Büro der Kanzlerin die Top-Frage beantwortet und veröffentlicht. US-Präsident Obama nutzte mehrfach Online-Bürgerversammlungen (Online Townhalls), um Fragen der Bürger zu sammeln und zu beantworten. Bei der ersten haben fast 100.000 Menschen mehr als 100.000 Fragen gestellt und zu diesen fast 2 Millionen Stimmen abgegeben ([www.whitehouse.gov/openforquestions](http://www.whitehouse.gov/openforquestions)).

In Hamburg sind die Bürger sogar zur Beteiligung an der Haushaltsplanung aufgefordert ([www.buergerhaushalt-hamburg.de](http://www.buergerhaushalt-hamburg.de)). Analog führte der Bürgermeister der Stadt Los Angeles eine Online-Befragung durch, um zu erfahren, an welchen Stellen Bürger, die durch Steuerausfälle notwendig gewordenen Haushaltskürzungen am ehesten tolerieren würden. Umgekehrt hat der US-Bundesstaat Virginia seine Bürger online befragt, in welchen Bereichen sie Investitionen aus Mitteln des US-Konjunkturpaketes wünschen.

Ein hervorragendes Beispiel, wie die Nationale Gesundheitsbehörde der USA alle Potenziale des viralen Marketing ausschöpft, um breite Bevölkerungsschichten mit Fakten und Ratschlägen zur Schweinegrippe vertraut zu machen und damit deren Ausbreitung zu bekämpfen, findet sich auf [www.cdc.gov/socialmedia](http://www.cdc.gov/socialmedia). Die Palette reicht vom Grippe-IQ-Testspiel über Virenfotos auf Flickr, YouTube-Filmen zur richtigen Prävention bis hin zu News über Twitter und in Blogs sowie Profilen auf Facebook.

Um ihren Bürgern einen umfassenderen Service zu bieten, hat die Stadt San Francisco zusätzlich zur Bürgerservicehotline 311 (analog dem Bürgertelefon 115 in Deutschland) einen Twitteraccount ([www.twitter.com/sf311](http://www.twitter.com/sf311)) eingerichtet, über den Fragen von Bürgern beantwortet werden.

### **Das Rückgrat von Government 2.0**

Neben Transparenz und Partizipation ist die schnellere und effektivere Kooperation von Verwaltungen miteinander und mit Dritten ein entscheidender Baustein für ein neues eGovernment. Damit ist sowohl ein Austausch von Informationen gemeint, aber auch das „Crowdsourcing“ – das gemeinsame Schaffen von Inhalten oder Anwendungen durch Bürger und Dritte. Eine effektive und schnelle Zusammenarbeit aller Beteiligten verbessert die Qualität und Geschwindigkeit der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen.

Es gibt viele sehr gute Praxisbeispiele, in denen Web-2.0-Werkzeuge für eine bessere Zusammenarbeit eingesetzt werden. Viele beziehen sich auf die Erfassung und Verfügbarmachung von Wissen – etwa in Wikis oder Wissensdatenbanken, die von vielen Menschen gemeinsam gepflegt und permanent aktualisiert werden. Sie sind entweder verwaltungsintern (Staat Kanada, CIA) oder aber von Dritten initiiert und frei zugänglich für alle, wie etwa Stadtwikis. Ein deutsches Beispiel ist hier das Wiki von Karlsruhe (<http://ka.stadtwiki.net>).

Die Transportation Security Agency der USA nutzt Twitter für die schnelle, interne Kommunikation mit verteilt stationierten Mitarbeitern. Die Stadt Boston nutzt Twitter, um gestohlene Fahrräder wiederzufinden, wogegen das FBI Twitter sogar zur Verbrecherjagd einsetzt.

Mit Web-2.0-Methoden können Verwaltungen jedoch auch gemeinsam mit oder vor allem durch Dritte schnell und kostengünstig Innovationen oder Anwendungen entwickeln. In England wurden mit der Website [www.showusabetterway.com](http://www.showusabetterway.com) Ideen gesucht, prämiert und umgesetzt, die sinnvolle Online-Dienste auf Basis öffentlich verfügbarer Daten beschrieben. Zu den Favoriten gehörten einfache Angebote wie ein Geodaten-basierender Suchdienst für den nächsten Briefkasten oder die nächstgelegene öffentliche Toilette. In den USA baute man [www.anationaldialogue.gov](http://www.anationaldialogue.gov), um Ideen aus der IT-Industrie zu sammeln, mit denen man das Internetangebot für das Konjunkturprogramm verbessern kann. Ein bereits länger erfolgreiches Vorhaben ist das Peer-to-Patent-Projekt des Nationalen Patentamtes in den USA, bei dem Patentanträge veröffentlicht und weltweit kommentiert werden. Die so nach starker Beteiligung der Öffentlichkeit erteilten Patente haben eine deutlich höhere Qualität, der Bearbeitungszeitraum wurde stark verkürzt.

Es mangelt folglich nicht an guten, praxiserprobten Beispielen, alle erforderlichen Technologien sind vorhanden. Viele Web-2.0-Funktionalitäten lassen sich einfach mit Standardsoftware realisieren. Was in Deutschland jedoch noch fehlt, ist die Kenntnis darüber und die Vernetzung der verschiedenen Interessengruppen.

Noch sind Potenziale und Anbieter zu wenig bekannt, die Sprache von Verwaltung, Digital Natives und Social Media Experts zu verschieden. Um dies zu verändern, findet am 28. August in Berlin das erste Government 2.0 Camp statt, das in einem innovativen und beteiligungsorientierten Veranstaltungsformat an diesen Bedürfnissen ansetzt. Auf dieser „Un-Konferenz“ werden herausragende Beispiele aus dem In- und Ausland vorgestellt und diskutiert, werden sich Bürgerinnen und Bürger, Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen, wissenschaftlichen Institutionen, Stiftungen, Verwaltungen aus Bund, Ländern und Kommunen sowie Anbieter und Fachexperten zum Thema Web 2.0 in der Verwaltungsarbeit austauschen und miteinander vernetzen. So plant unter anderem das Bundesinnenministerium, den Entwurf für die nationale eGovernment-Strategie dort vorzustellen. Interessierte finden Informationen und Anmeldeumöglichkeiten dazu auf [www.gov20.de](http://www.gov20.de). Neuigkeiten werden auch über Twitter (@Gov20CampB) veröffentlicht.

Redakteur: Manfred Klein, Copyright © 2009 - Vogel Business Media  
<http://www.egovernment-computing.de/projekte/articles/226465>

Anke Domscheit ist Director Government Relations bei Microsoft Deutschland und Initiatorin des Government 2.0 Camps. Träger des Gov20Camp ist der Innovatorsclub des Deutschen Städte

und Gemeindebundes, in dem Microsoft Mitglied ist. Das langjährige Engagement des Unternehmens im Innovatorsclub hat das Ziel aufzuzeigen, wie innovative Informationstechnologie Verwaltungen in Deutschland in Städten und Gemeinden aber auch auf anderen föderalen Ebenen unterstützen kann. Das Angebot von Microsoft: Durch den Einsatz von z.T. bereits vorhandener Standardsoftware können Government 2.0 Lösungen schnell umgesetzt werden und sind leicht integrierbar in bestehende IT Landschaften. Die Interoperabilität wird durch Verwendung von Industriestandards sicher gestellt - einer Grundvoraussetzung für erfolgreiches eGovernment.

Informationen zum Government-2.0-Angebot von Microsoft, u.a. mit einer Liste kostenfreier Add-Ons mit Web-2.0-Funktionalitäten für Sharepoint oder Windows, Checklisten und Faktenblätter für Bund, Landes- und kommunale Ebene finden Sie unter: [http://www.microsoft.com/industry/government/government\\_2\\_0/](http://www.microsoft.com/industry/government/government_2_0/)

#### **4.2 „Web 2.0 ist unverzichtbar“ (Dr. Bernhard Beus, Bundes-CIO, aus eGovernment Computing 17.08.2009)**

Ein Computer ohne Internetzugang kommt uns heute wie ein Flugzeug ohne Tragflächen vor. Für knapp 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gehört das Internet zum Alltag. Laut (N)ONLINER Atlas 2009 sind 46,3 Millionen Personen über 14 Jahren online.

Viele von ihnen vernetzen sich mit Anderen, produzieren Text-, Audio- und Videodateien und veröffentlichen sie auf kollektiv genutzten Plattformen. Die neuen Interaktionsmöglichkeiten im Web 2.0 sind enorm. Diese Technologien und gesellschaftlichen Trends wirken sich auch im Verhältnis der Bürger zum Staat aus. Vor allem die "digitalen Ureinwohner" erwarten mehr partizipative Angebote.

Eine Web-2.0-basierte Kommunikation von Politik und Staat mit den Bürgerinnen und Bürgern muss auf allen Verwaltungsebenen erfolgen. Sie bietet einen Rückkanal, über den sich die Bürger persönlich und ohne Aufwand einbringen können. Trotz erfolgreicher erster Beispiele für elektronische Bürgerbeteiligung wird ihr Potenzial bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Das soll sich ändern.

Deshalb gehört die Umsetzung elektronischer Partizipationsangebote zu den Vorhaben, welche die Bundesregierung mit dem IT-Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturpaketes II fördert. Eines dieser Vorhaben ist eine zentrale Beratungsstelle, mit der Bundesbehörden künftig bei der Ideenfindung und Realisierung neuer Beteiligungsformate unterstützt werden.

ePartizipation wird auch ein Thema der nationalen eGovernment-Strategie sein. Sie soll einen Rahmen für den Umgang der Verwaltung mit der Informations- und Kommunikationstechnik abstecken. Ihre Entstehung erfolgt in einem dialogorientierten Prozess gemeinsam durch Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Interessensverbände und Zivilgesellschaft. Hierzu bereitet das Bundesministerium des Innern eine Informations- und Kommunikationsplattform mit Beteiligungsangeboten vor. Sie ergänzt persönliche Begegnungen, wie sie zum Beispiel im Rahmen des BarCamp Government 2.0 am 28. August 2009 in Berlin ([www.gov20.de](http://www.gov20.de)) möglich sein werden. Ich

halte das BarCamp für eine gute Idee, um die Web-2.0-basierte Gestaltung politischer Kommunikation, Partizipation und Kollaboration in einem offenen Teilnehmerkreis zu diskutieren. Das Bundesinnenministerium wird sich daher an dem BarCamp mit einer Session zu den Inhalten der nationalen eGovernment-Strategie beteiligen. Wir freuen uns auf die Anregungen aus der Diskussion.

Redakteur: Gerald Viola, <http://www.egovernment-computing.de/projekte/articles/224997>

Der Autor, Dr. Hans Bernhard Beus, ist Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik und Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

#### **4.3 „Für Transparenz, Bürgernähe und Offenheit der Verwaltung“ (Franz-Reinhard Habel, DStGB, aus *egovernment computing*, 11.08.2009)(in gekürzter Form)**

Im Vorfeld des Government 2.0 Camp sprach eGovernment Computing mit Franz-Reinhard Habel über die politischen Folgen des Internet.

**Herr Habel, der Wahlkampf Barack Obamas und die Protestbewegung im Iran haben gezeigt, dass das Internet längst zu einem ungeheuer wirksamen politischen Medium geworden ist. Welche politischen, gesellschaftlichen und verwaltungstechnischen Auswirkungen erwarten Sie vom Internet?**

**Habel:** Durch das Internet ist die Art und Weise wie wir leben in den vergangenen Jahren einem radikalen Wandel unterzogen worden. Es ist mittlerweile maßgeblich dafür verantwortlich, wie wir arbeiten, uns bilden und unsere Freizeit gestalten. In Politik und Verwaltung werden und können diese Veränderungen nicht unbeachtet bleiben. Das Internet führt zu mehr Transparenz, Teilhabe sowie Mitmachen und stärkt damit die aktive Bürgergesellschaft. Blogs, Wikis und Videos verleihen dem Einzelnen ungeahnte Möglichkeiten zum Publizieren, Präsentieren und Senden auf Feldern, in denen früher staatliche Lizenzen erforderlich waren. Der Einfluss von Einzelnen beziehungsweise Gruppen wird größer. Die Parteien werden an Einfluss verlieren.

Verwaltungshandeln wird in Zukunft sehr viel mit Kooperation zu tun haben. Viele administrative Aufgaben können gemeinsam erledigt werden. Die frei werdenden Mittel brauchen wir für Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutz und Haushaltskonsolidierung. Nur wenn es Deutschland gelingt, hier leistungsfähig und hochmodern zu sein, werden wir auch in Zukunft international wettbewerbsfähig bleiben. Allerdings ist das Internet in der deutschen Verwaltung noch lange nicht angekommen.

Laut der EU-Statistikbehörde Eurostat schickten im letzten Jahr lediglich 17,1 Prozent der Deutschen via Internet ausgefüllte Formulare an öffentliche Stellen. Durchsetzen werden sich in Zukunft Portalwebsites zu zentralen Themen. Die Website der einzelnen Gemeinde wird eher für lokale Besonderheiten interessant sein.

**Skeptiker könnten einwenden, dass die von Ihnen skizzierten Veränderungen durch das Internet zwar beschleunigt werden, alle Formen der Bürgerbeteiligung aber auch ohne dieses Medium umsetzbar sind; die Mitarbeit der Bürger an der politischen Willensbildung in dieser Form mithin gar nicht gewollt ist. Wird Ihrer Zukunftsvision damit nicht die Basis entzogen?**

**Habel:** Das sehe ich nicht so. Angesichts der zahlreichen Facebookseiten deutscher Spitzenpolitiker, der YouTube-Video-Kanäle aller großen Parteien, dem Twittern, Bloggen sowie der Nutzung von Online-Wahlkampfplattformen durch Politiker und Wahlkämpfer kann ich mir nicht mehr vorstellen, dass diese neue Form der politischen Willensbildung nicht gewollt ist. Nicht zuletzt der Wahlkampf von Barack Obama zeigte neue Wege auf, das Internet für die Kommunikation, Organisation, Vernetzung und Mobilisierung der Unterstützer zu nutzen.

**Die von Ihnen beschriebenen Änderungen werden auch die Art und Weise des politischen Agierens verändern. Denn die Bürger werden eine offene Verwaltung, die transparente Entscheidungen trifft und ihnen vielfältige Möglichkeiten der Meinungsäußerung und Partizipation an der politischen Willensbildung einräumt, fordern. In Deutschland hat man häufig noch den Eindruck, Politik und Verwaltung begreifen das Internet nur als „nice to have“, aber nicht als Medium in diesem Sinne. Welche Veränderungen für Politik und Verwaltung wird dies nach sich ziehen?**

**Habel:** Das Internet fordert Transparenz, Bürgernähe und Offenheit der Verwaltung heraus. Bürger greifen Themen auf, kommunizieren mit andern, stellen im Netz Öffentlichkeit für jedermann her und stärken damit die Dialogfähigkeit in den Kommunen. Das ist äußerst positiv. Für Politik und Verwaltung ist das Internet ein wichtiger Channel. Den Bürgern können dadurch vielfältige Möglichkeiten der Meinungsäußerung und Partizipation an der politischen Willensbildung eingeräumt werden. Es ist möglich mit Entscheidern in Kontakt zu treten, welche ihnen zuhören und die Kreativität sowie Weisheit der Massen für eine ständige Verbesserung des Verwaltungshandelns nutzen. Bestes Beispiel dafür ist die Regierungsweise des neuen US-Präsidenten, welche sehr stark das Internet einbindet und von einer neuartigen Grundeinstellung, welche den Bürger in den Handlungsmittelpunkt stellt, dominiert wird.

Trotz aller Kritik: Auch in Deutschland gibt es Ansätze einer partizipationsorientierten Web-2.0-Verwaltung etwa in Hamburg, Köln und Karlsruhe. Wie bewerten Sie diese Projekte und was können andere Kommunen daraus lernen?

**Habel:** Die Kommunen in Deutschland beginnen mittlerweile zaghaft, die Möglichkeiten des Web 2.0 zu nutzen. Beispielsweise können die Bürger von Köln aktiv via Internet bei der Haushaltsplanung mitwirken. Über eine Beteiligungsplattform reichen sie per Mausklick ihre Vorschläge zur Verwendung städtischer Einnahmen ein. Eine Kommentar- und Bewertungsfunktion lässt Kritik und Lob zu. Jedoch gibt es hierzu auch in kleinen Kommunen ein großes Potenzial. Vor einiger Zeit schon wurde das Petitionssystem des Deutschen Bundestages freigeschaltet. Hier können Bürgerinnen und Bürger Petitionen einreichen, mitzeichnen und diskutieren. Ein anschauliches Exempel aus dem Ausland ist das Web-2.0-Tool FixmyStreet aus Großbritannien. Dort beschreibt der Bürger online Missstände, Verunstaltungen oder sonstige Probleme wie eine

defekte Straßenbeleuchtung in seiner Nachbarschaft. Diese Beispiele machen deutlich, welche Vorteile der Einsatz von Web 2.0 in der Öffentlichen Verwaltung birgt. Bereits in wenigen Jahren werden wir Tausende von Web-2.0-Applikationen in der Öffentlichen Verwaltung nutzen.

<http://www.egovernment-computing.de/kommunikation/articles/224282/>

Der Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Franz-Reinhard Habel, macht sich für eine stärkere Beteiligung der Bürger an administrativen und politischen Prozessen stark (Quelle: DStGB)

#### **4.4 „Web 2.0 für Kommunen“ (Herausgeber Habel / Huber, Auszug aus dem Buch des Innovators Clubs)**

Franz-Reinhard Habel, Andreas Huber (Hrsg.): Sammelband: „Web 2.0 in Kommunen und Kommunalpolitik“. Innovators Club 2008. (Download: <http://link.publicone.com/web20>)

##### **Kurzzusammenfassungen ausgewählter Kapitel:**

##### **4.4.1 Kapitel 1.1 Kommunalwahlkampf 2.0 (Christoph Meineke)**

- Der junge Bürgermeister Christoph Meineke berichtet in diesem Artikel über seine erfolgreiche wahlkampfstrategische Nutzung des Web 2.0. Konkret erklärt er seinen Einsatz des Web2.0 und über die Chancen, welche dieses Kommunalpolitikern eröffnet. Auch Stolpersteine werden aufgezeigt.
- Zum Wahlkampfstart eröffnet Meineke einen Blog, in dem er über seine Aktivitäten im Wahlkreis berichtet. Zusätzlich zur Information bietet der Blog durch eine Kommentarfunktion die Möglichkeit der aktiven Beteiligung durch interessierte Bürger. Dieses „Prosuming“, das Miteinander von Konsum und Produktion, macht das Web2.0 zu einem lokalen Diskussionsforum. Zum Bereich „online“ zählt jedoch auch die gezielte Kommunikation in sozialen Netzwerken. Dadurch kann er kostengünstig, individuell und zielgruppengenau Informationen weitergeben. Im Netz hinterlässt der Bürgermeisterkandidat viele Spuren, um die Bürger zur Kontaktaufnahme einzuladen und Themen breit zu kommunizieren. Noch vor dem offiziellen Wahlkampfstart geben Freunde in sozialen Netzwerken die Neuigkeit seiner Kandidatur an ihre Bekannten durch. Als der Blog schließlich ans Netz geht, wimmelt es schon an Hinweisen auf die Kandidatur. Mit der Zeit verwischen die Grenzen der Kommunikationswege: Online gepostete Themen werden auf dem örtlichen Fußballplatz diskutiert; andersherum werden Kandidatenreden online hinterfragt. Für den Wahlkampfalltag zeigt sich der Vorteil des Internets: Die knappe Zeit lässt sich optimal nutzen, indem tagsüber persönliche Kontakte gepflegt und über Nacht online gearbeitet wird.
- Das Web2.0 weist dem Bürger durch die Interaktion eine aktive Rolle zu und ermöglicht so die Rückkopplung zum Kommunalpolitiker. Dieser kann das Meinungsbild umfassend abschöpfen, besser verwerten und gezielter auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen. Der aktive Schritt in die lokale Community entscheidend. Für eine Website erfolgsversprechend ist gute, dauerhafte, aktuelle Basisinformation über Person und Politik, gepaart mit einem posi-

tiven Überraschungseffekt. Das Bild der Person wird nicht nur durch den eigenen Internet-auftritt, sondern von Suchmaschinen geprägt. Vorsicht geboten sei bei der Sprachwahl: von gekünstelter Jugendsprache rät der Autor ab. Homepages müssen regelmäßig gepflegt und aktualisiert werden, wobei Blogs besonders pflegeintensiv sind.

#### **4.4.2 Kapitel 2.3 E-Partizipation - Erfolgreiche Ansätze der Bürgerbeteiligung durch Neue Medien (Steffen Albrecht, Hilmar Westholm)**

- Im Informationszeitalter nutzen Verwaltung und Bürger das Internet zur politischen Partizipation, E-Partizipation genannt. In ihrem Beitrag stellen Steffen Albrecht, Projektleiter bei Zebralog e.V. und Hilmar Westholm, Senior Guest Scientist am Institut für Technikfolgenabschätzung der ÖAW, den Entwicklungsstand der E-Partizipation dar, diskutieren Chancen und Risiken und zeigen, wie Kommunen E-Partizipationsangebote für die Kommunikation und Einbeziehung der Bürger nutzen können. Der Beitrag fasst Ergebnisse der Studie „E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government“ zusammen.
- Erprobt wurde die E-Partizipation zunächst auf kommunaler Ebene, auf der ihr Schwerpunkt liegt. Die Zahl der Angebote hat deutlich zugenommen, jedoch wird bis heute nur ein Bruchteil der Möglichkeiten ausgeschöpft. „Herzstück“ der E-Partizipation sind die Online-Konsultationen, d.h. die Beteiligung durch Befragung oder Diskussion zu politischen Angelegenheiten. Angebote zur Eingabe von Petitionen finden sich auf Bundesebene. Echte Kooperationen von Bürgern und Verwaltung über das Internet ist kaum vorhanden. Besonderes Interesse verdienen Angebote nichtstaatlicher Organisationen, die mithilfe technischer Fortschrittlcher Aktivitäten Lücken im staatlichen Angebot schließen.
- Im internationalen Vergleich belegt Deutschland in punkto E-Partizipation keinen Spitzenplatz: Trotz Vorzeigeprojekten sind die Diffusion in die Breite und institutionelle Einbindung von E-Partizipationsverfahren stark verbesserungswürdig. Zudem mangelt es an Transparenz und Responsivität.
- Die Voraussetzungen für E-Partizipation auf Ebene der Zugangsmöglichkeiten, des Nutzungsinteresses und der Nachfrageseite in Deutschland sind gut, ebenso die technische Ausstattung der Behörden. Risiken bestehen insofern, dass E-Partizipation das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen zu stärken, nicht erzielen oder verlieren kann. Häufig sind es verwaltungsinterne Barrieren, die den Erfolg gefährden.
- Ein Beispiel guter Praxis aus der Studie „E-Partizipation“ ist die Online-Diskussion zur Zukunft des Stadionbads Bremen, bei welcher ein Repräsentantenkreis relevanter Gruppen unter Konsultation der breiteren Bevölkerung ein Zukunftskonzept entwickelte. [www.stadionbad.bremen.de](http://www.stadionbad.bremen.de)
- Das Online-Bürgerpanel Bristol (GB) ist eine Mischform aus Konsultationen und Petitionen. Es ermöglicht die Beeinflussung politisch-administrativer Entscheidungen in Bristol durch Diskussions- und Befragungsteilnahme und dem Starten von Petitionen. [www.askbristol.com](http://www.askbristol.com)

- Das International Center of Excellence for Local E-Democracy bot als Kompetenz- und Vernetzungszentrum praxisbezogene Beratung für die lokale Politik und Verwaltung, um die E-Partizipation in Großbritannien zu fördern. Ein entsprechendes Kompetenznetzwerk in Deutschland wurde zur Umsetzung empfohlen. [www.icele.org](http://www.icele.org)

#### **4.4.3 Kapitel 4.1 Kommunalverwaltung 2.0 - auf dem Weg zur Bürgerkommune (Peter Jakobs-Woltering)**

- Dr. Peter Jakobs-Woltering, Leiter des Consulting der T-Systems Business Services GmbH, erörtert in seinem Artikel anhand von Beispielen aus Arnsberg, Bonn, Friedrichshafen und Unna, wie eine zukunftsfähige „Kommunalverwaltung 2.0“ funktionieren kann.
- Zukunftsfähigkeit ist für Kommunen eine Herausforderung: Neue Themenfelder sind in den Fokus kommunaler Entscheider gerückt und verlangen nach Bewältigung. Gleichwohl sind die Handlungsspielräume der Kommunen begrenzt. Die Haushaltslage ist angespannt, Bund und Länder tragen hohe Leistungserwartungen an Kommunen heran. Zusätzliche Konsequenzen bringt die Globalisierung; adäquate Standortqualität sowie effektiver Bürgerservice entscheiden über die kommunale Zukunftsfähigkeit. Hochwertige, bedarfsorientierte und transparente Dienstleistungen sind gefragt.
- Die Beispiele kommunaler Erfolge wurden von T-Systems bedarfsgerecht entwickelt: In Arnsberg gab der Bürgermeister den Anstoß zu einem virtuellen Elternservice. Das Projekt startete mit einer Babysitter-Serviceplattform. Angebot und Nachfrage werden im Arnsberger Netzwerk über diese Online-Plattform koordiniert. Zugelassen sind nur geprüfte Babysitter. Zudem ist eine gegenseitige Bewertung möglich. Eine e-Schülerbörse ist geplant. Weiterhin glänzt Arnsberg mit einem zielgruppenorientierten e-Veranstaltungsmanagement. Dies soll die Lebensqualität der Bürger und den Tourismus steigern. Die Verwaltung professionalisiert ihr Veranstaltungsmanagement, Abläufe werden optimiert und in elektronische Verfahren übersetzt. Vorteile ergeben sich in beschleunigten Anmeldeverfahren, Feedbackmöglichkeiten etc.
- Bonn geht mit „Online-Kindergartenanmeldung“ gegen Intransparenz und Unkalkulierbarkeit von Kindergartenplätzen vor: Durch Zentralisierung und Vereinheitlichung der Anmeldung werden die Kindertageseinrichtungen in Bonn miteinander vernetzt und Parallelanmeldungen verhindert.
- Die Schulen in Friedrichshafen werden mit der internetbasierten Lernplattform Edunex ausgestattet, welche auf Wissen von Bibliotheken, Medienanbietern etc. zugreift. Die Bildungsplattform ermöglicht über Unterrichts Anwendungen hinaus die virtuelle Unterrichtsteilnahme bei Krankheit, Bereitstellung von Hausaufgaben und Übersetzungsmodi für Immigranten.
- In Siegburg soll der Außendienst effizienter eingesetzt werden und vom Spartendenken wegkommen, was mit einer mobilen Steuerung erheblich erleichtert wird. Eine sinnvolle Koordinierung der Kräfte und unmittelbare Datenübertragung an die Zentrale wird via tragbarem Minicomputer ermöglicht.

- Dezentrale Ressourcenverantwortung führte in Unna zur Fragmentierung von Einkaufsstrukturen. Seit der Einführung eines elektronischen Einkaufssystems via Internet gibt es erhebliche Kosteneinsparungen.
- Laut Jakobs-Woltering benötigt Deutschland eine „Kommunalverwaltung 2.0“. Auch die internen Verwaltungsvorgänge müssen elektronifiziert werden. Gerade durch die Optimierung der Binnenprozesse werden Einsparungen erzielt.

#### **4.5 „Das Internet wird wahlentscheidend“ (bitkom Studie, 19.08.2009)**

„Das Internet wird wahlentscheidend“ – unter dieser Überschrift hat der Branchenverband der ITK Industrien am 19.08.2009 Ergebnisse einer gemeinsam mit Forsa erstellten Studie zur Internetnutzung mit Fokus auf die Bürger-Staat-Interaktion veröffentlicht.

Die Highlights:

- 77% der jungen Wähler zwischen 18 und 29 Jahren nutzen das Internet, um sich politisch zu informieren
- 40% aller befragten Bürger möchten nicht nur mitreden sondern im Internet auch mitentscheiden
- 80 % würden in ihrer Kommune Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen im Internet äußern wollen
- 58 % würden Vorschläge zur Verwendung von Steuereinnahmen auf lokaler Ebene im Internet unterbreiten
- Bürgerhaushalte wie in Hamburg und Köln gibt es bereits in mehr als 100 deutschen Städten und Gemeinden
- 47% Wähler würden auch online wählen (junge Wähler 57%)

Die Pressemitteilung von bitkom:

(Quelle: [http://www.bitkom.org/60756\\_60749.aspx](http://www.bitkom.org/60756_60749.aspx))

#### **Studie: Internet für Jüngere Informationsquelle Nummer eins bei Politik**

Internet verändert die Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern

Fast die Hälfte der Deutschen würde online wählen

Berlin, 19. August 2009 – Das Internet wird nach Ansicht vieler Wähler entscheidenden Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl 2009 haben. Das hat eine repräsentative Umfrage ergeben, die der Hightech-Verband BITKOM von dem Meinungsforschungsinstitut Forsa durchführen ließ. Demnach sagen 44 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger, dass eine Partei ohne den Einsatz des Internets heute keine Wahl mehr gewinnen kann. „Das Internet wird zum zentralen Medium für die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern“, sagte BITKOM-Präsident Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer bei der Vorstellung der Studie in Berlin. So ist für die jüngeren Wähler das Internet schon heute das Informationsmedium Nummer eins für politische Themen.

Wer sich im Internet über Politik informiert, besucht am liebsten die Nachrichtenseiten der klassischen Medien. 81 Prozent der politisch interessierten Internetnutzer informieren sich bei den Online-Angeboten von Zeitungen, Magazinen oder TV-Sendern. Jeder Dritte nutzt die Webseiten der politischen Parteien. In der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen sind es schon 55 Prozent. Stark im Kommen sind soziale Online-Netzwerke wie xing, facebook und studivz. 22 Prozent der Jüngeren nutzen Diskussionsforen und Online-Tagebücher, so genannte Blogs. Sie zeigen damit ein besonderes starkes politisches Interesse.

Viele Bürger wollen laut der BITKOM-Umfrage aber nicht nur ihre Meinung sagen, sondern selbst an politischen Entscheidungen teilhaben. Fast 40 Prozent möchten per Internet direkt an Entscheidungen mitwirken, bei den Jüngeren sind es 46 Prozent. Dabei liegen die Anhänger der Grünen mit 58 Prozent weit vorne. Am wenigsten sind die Anhänger der Unionsparteien mit 34 Prozent an einer politischen Partizipation per Internet interessiert. 80 Prozent würden in ihrer Kommune Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen per Internet vorbringen, zum Beispiel bei fehlenden Kita-Plätzen oder Problemen mit der Nahverkehrsanbindung. Die so genannten Bürgerhaushalte werden schon von mehr als hundert deutschen Städten und Gemeinden erstellt, darunter die Großstädte Köln und Hamburg.

Die Ergebnisse der BITKOM-Studie zeigen darüber hinaus eine hohe Akzeptanz von Online-Wahlen. Fast die Hälfte der Bundesbürger (47 Prozent) würde ihre Stimme bei Wahlen elektronisch über das Internet abgeben. Die Mobilisierung der Wähler würde durch Online-Wahlen deutlich erleichtert. Laut BITKOM hätte bei der Europawahl 2009 die sehr niedrige Wahlbeteiligung deutlich gesteigert werden können, da viele Nichtwähler per Internet ihre Stimme abgegeben hätten.

Die Kritiker von Internetwahlen haben vor allem Sicherheitsbedenken, die von 36 Prozent der Befragten genannt werden. 32 Prozent befürchten konkret, dass Wahlergebnisse manipuliert werden könnten. 19 Prozent finden Online-Wahlen zu unpersönlich. „Wenn die Stimmabgabe per Internet technisch sicher ist, könnte das bisherige System der Briefwahl abgelöst werden. Das wäre eine erhebliche Verbesserung, da die Briefwahl den Grundsätzen einer ‚normalen‘ Wahl widerspricht“, sagte Forsa-Geschäftsführer Prof. Manfred Güllner. „Aus der Entscheidung an einem Stichtag wird eine Abstimmung, die sich über mehrere Wochen hinzieht.“ Zudem sei die Briefwahl besonders anfällig für Manipulationen.

Zur Methodik: Das Marktforschungsinstitut Forsa hat im Juni 2009 im Auftrag des BITKOM 1005 repräsentativ ausgewählte Personen ab 18 Jahre per Telefon befragt. Weitere Informationen zur Studie unter <http://www.bitkom.org/>.